



Bensberger Gespräche ***24.-26. Januar 2011 in Bensberg***

Tagungsdokumentation

Dokumentation: Dr. Michael Rudloff, Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e.V.

Dienstag, 25. Januar 2011

Arbeitsgruppe 3 „Euroatlantische Sicherheitsordnung unter Einbindung Russlands“

Referentin: Dr. Margarete Klein, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Moderation: Dr. David Sirakov, Atlantische Akademie

Das Thema der Voraussetzungen und Chancen für eine Einbindung Russlands in die euroatlantische Sicherheitsordnung wurde im Arbeitskreis unter den folgenden Gesichtspunkten diskutiert:

1. Wie definiert Russland seine Sicherheitsinteressen?
2. Welche Voraussetzungen gibt es für eine Einbeziehung Russlands in ein System gemeinsamer Sicherheit?
3. Welche Chancen bestehen für eine Demokratisierung der russischen Gesellschaft und deren Einbindung in die europäische Wertegemeinschaft?

Den Ausgangspunkt der Diskussion bildete der Hinweis auf die Bedeutung des größten Flächenstaates, mit einer Ausdehnung über zwei Kontinente, der andererseits über keine gesicherten und klaren Grenzen verfügt und durch einen Gürtel kleiner, politisch schwacher Staaten umgeben sei.

Eine Annäherung aus historischer Perspektive, der Aufteilung Europas unter Slawen und Germanen in der Völkerwanderungszeit – gewissermaßen als Vorgriff auf die spätere Lagerbildung – wurde als nicht zielführend verworfen. Sinnvoller sei die Frage, wie die Lagerbildung überwunden werden könne. Während die Staaten wie Frankreich und Deutschland in Russland einen strategischen Partner sehen, fühlen sich die besonders die kleinen Länder aus der „Konkursmasse“ des Warschauer Paktes und der UdSSR durch Russland, das sie als Hegemonialmacht betrachten, bedroht.

Das neue strategische Konzept der NATO wurde im Hinblick auf die Bestimmung des Verhältnisses der Allianz zu Russland diskutiert. Wird es gelingen, die unterschiedlichen Sichtweisen der NATO-Partner auf Russland zu versöhnen? Würde gar eine Erweiterung der NATO um Russland eine Stabilisierung der Sicherheit bewirken?

Übereinstimmung herrschte, dass sich diese Frage gegenwärtig nicht stellt und zwar aus folgenden Gründen: Innerhalb der NATO dürfte darüber kaum ein Konsens zu erreichen sein. Ein Beitritt Russlands würde die NATO nicht stärken. Diese stehe ohnehin vor der Alternative: „Vertiefen oder Erweitern?“. Russland würde mehrere „Frozen Conflicts“ in das Bündnis einbringen (Berg Karabach, Transnistrien, Abchasien und Südossetien), die jederzeit erneut eskalieren können. Trotz einer Annäherung in letzter Zeit würde das spannungsgeladene Verhältnis zu Polen eine Belastung in das Bündnis hineinragen.

Das Interesse in Russland an einem NATO-Beitritt dürfte ohnehin gering sein, es werde kaum einer Organisation angehören wollen, in der sie die baltischen Staaten als gleichberechtigte Partner akzeptieren müsse. Russland wolle mit den USA auf Augenhöhe kommunizieren und sich nicht in ein

durch die USA dominiertes System einbinden lassen. Ausgehend von der hypothetischen Frage einer Erweiterung der NATO wurde diskutiert, inwieweit Russland sich auf die westliche Wertegemeinschaft zubewege.

Ist eine Bewegung Russlands in Richtung des westlichen Wertesystems festzustellen?

Die Referenten betonten, dass die aktuelle Entwicklung durch gegensätzliche Tendenzen geprägt werde. Auf der Ebene der Regierung habe Präsident Medwedjew durch schonungslose Kritik des Rechtsnihilismus der russischen Gesellschaft positive Signale gesetzt. Die gegenwärtig festzustellende Annäherung Russlands an die westliche Wertegemeinschaft sei allerdings durch eine krisenhafte Situation jederzeit umkehrbar. Es existiere jedoch ein „Window of Opportunity“. Kleine Schritte seien in dieser Situation sinnvoller als ein neues Vertragssystem.

Die Regierung beschränke sich im Wesentlichen auf eine Ankündigungspolitik; große Durchbrüche seien bisher ausgeblieben. Spekulativ blieb die Diskussion, inwieweit das Verhältnis zwischen Präsident Medwedjew und Ministerpräsident Putin ein abgestimmtes System bilde oder tatsächliche Alternativen anbiete.

Auf der anderen Seite werde die Entwicklung durch die Herausbildung von Formen einer Bürgergesellschaft vorangetrieben, die echte Chancen für die Stärkung einer demokratischen Entwicklung berge. Die Artikulation einer demokratischen Öffentlichkeit in Blogs und Internetforen zeuge von einer wachsenden Offenheit, in einer durch den Staat schwer zu kontrollierenden Sphäre. Festzustellen seien Einigungstendenzen innerhalb der bisher zersplitterten und marginalisierten Opposition, die dem Kartell der Duma-Parteien gegenüber steht.

Übereinstimmung bestand, dass diese Annäherung an das westliche Wertesystem aus der Gesellschaft heraus entstehen müsse und nicht von außen oktroyiert werden dürfe. Die EU könne lediglich Anreize schaffen. Kontrovers wurde hingegen das Spannungsverhältnis zwischen Stabilität und Demokratie diskutiert und die Frage aufgeworfen, inwieweit die Europäer bereit wären, die destabilisierenden Folgen einer Demokratisierung Russlands zu akzeptieren?

Dabei wurde zu bedenken gegeben, dass die Russen die Demokratie nach dem gesellschaftlichen Umsturz in den neunziger Jahren als „Zeit der Wirren“, eines entfesselten Manchesterkapitalismus und der Anarchie kennengelernt haben. daher sei dieser Begriff belastet und keineswegs attraktiv.

Die Jelzin-Ära kennzeichnete das Primat der Wirtschaft über die Politik. Putin habe dieses Verhältnis wieder umgedreht und durch eine Stabilisierung der sozialen Verhältnisse Zustimmung in der Bevölkerung erhalten. Die Polarisierung der Jelzin-Zeit zwischen Arm und Reich wurde unter Putin mit Ölgeldern gemildert, wodurch eine breitere Mittelschicht entstanden sei. Dieses System gerate gegenwärtig an seine Grenzen.

Gefragt wurde nach der Stabilität des politischen Systems in Russland, wo Wahlen eher Akklamationen als Artikulation von Interessen sind. Angesichts der Dominanz von wechselnden Seilschaften und Clans fülle Putin – stärker als Medwedjew – die Funktion eines „Machtbrokers“ aus, der zwischen den Interessengruppen vermitteln und diese dadurch im Zaum halten könne. Das System könne als „übersteuerte Demokratie“ charakterisiert werden, die auf Rückkopplungen nicht reagiere. Was passiere, wenn der erwartete „Output“ nicht mehr bedient werden kann? Welche Alternative gibt es zu Putin?

Die Referentin brachte den Gedanken ein, dass vor einer Demokratisierung der russischen Gesellschaft die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit stehen müsse. Sie bilde auch die Voraussetzung für Investitionen.

Schlussfolgerungen für die Einbindung Russlands in ein europäisches Sicherheitssystem:

Ausgehend von dieser Bestandsaufnahme wurde debattiert, was die Alternative zu einer Aufnahme Russlands in die NATO wäre – eine Reaktivierung der OSZE oder ein neuer Sicherheitsvertrag?

Die Forderung, Änderungen im gesellschaftlichen System Russlands zur Voraussetzung einer Kooperation in der Sicherheitspolitik zu machen, führe in eine Sackgasse. Es habe sich in zurückliegenden Jahren gezeigt, dass gerade in Krisensituationen Strukturen wie der „NATO-Russland-Rat“ gefragt seien. Hier müssen nachweisbare Erfolge erzielt werden. Diese seien jedoch nur in einer durch „Trust and Confidence“ beseelten Partnerschaft möglich.

Bedauert wurde, dass der Vorschlag Medwedews für einen Europäischen Sicherheitsvertrag vom September 2009 nur in akademischen Kreisen diskutiert wird. Ziel dieses Vorschlags ist ein gemeinsamer euroasiatischer Sicherheitsraum vom Atlantik bis zum Pazifik, der allen Staaten Europas unabhängig von ihrer Mitgliedschaft in anderen Bündnissen zum Beitritt offen stehe. Gegenwärtig sei es nicht durchsetzbar, etwas Neues zu gestalten, das nicht unter der Führung der USA stehe.

Als vorläufiges Resümee wurden die nächsten Schritte einer erfolgversprechenden Einbindung Russlands in eine euroatlantische Sicherheitsordnung angesprochen. Im Rahmen des „Resets“ im Verhältnis zwischen Russland und den USA müssen gemeinsame Interessen gefunden und entwickelt werden. Diese existierten vor allem in Bezug auf Afghanistan. Eine erfolgreiche Kooperation des NATO-Russland-Rates sei beispielsweise das „Counter Narcotics Training“ unter Einschluss Pakistans.

Gerade in Krisensituationen sei ein Kommunikationsangebot für den Dialog mit Russland notwendig. Ob eine mögliche „Teilmitgliedschaft“ oder eine „privilegierte Partnerschaft“ in der NATO einen geeigneten organisatorischen Rahmen bilden könne, blieb dahingestellt.